

**Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 68. Sitzung am 20. Mai 2010 folgende Beschlüsse gefasst:**

1. Zukunft des Stadtmarketings im Land Bremen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 16. Februar 2010  
(Drucksache 17/1163)  
Dazu  
Mitteilung des Senats vom 27. April 2010  
(Drucksache 17/1280)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

2. Gründung von Grundschulen in freier Trägerschaft zulassen - Auf Rechtsmittel verzichten!  
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU  
vom 12. Mai 2010  
(Drucksache 17/1293)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

3. Nationalem Stipendienprogramm im Bundesrat nicht zustimmen  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 12. Mai 2010  
(Drucksache 17/1294)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, das Gesetz zur Schaffung eines von Bund, Ländern und Privaten finanzierten nationalen Stipendienprogramms in der vorgelegten Fassung in Bundesrat nicht zuzustimmen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die zusätzlich zur Verfügung gestellten Finanzmittel für das Büchergeld einer besseren Ausstattung des BAföG zugutekommen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf Bundesebene auf eine sozial gerechtere Studienfinanzierung hinzuwirken, die das BAföG weiterentwickelt und die familienbezogenen Leistungen künftig nicht den Eltern, sondern den Studierenden direkt auszahlt.

4. Nationales Stipendienprogramm für Bremen nutzen  
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU  
vom 18. Mai 2010  
(Drucksache 17/1298)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

5. Keine Kohlendioxid-Endlager in Bremen  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 18. März 2010  
(Drucksache 17/1228)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich dafür einzusetzen, dass bei Nutzungskonflikten zwischen CCS mit z. B. der Geothermie oder mit Druckluftspeichern grundsätzlich ein Vorrang für die erneuerbaren Energien gilt.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, weiterhin Lagerstättenerkundungen für unterirdische Kohlendioxidspeicherung als auch dem Bau von Rohrleitungen zum Transport von verflüssigtem CO<sub>2</sub> durch das Land Bremen die Zustimmung zu versagen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich auf Bundesebene weiterhin gegen den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesentwurf zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid - und damit der Einführung von CCS - einzusetzen. Ein mögliches CCS-Gesetz muss zunächst auf Forschungsprojekte beschränkt sein und klare Kriterien erfüllen, insbesondere die strikte Zuordnung der Kosten und der Haftung nach dem Verursacherprinzip, strenge Schutzklauseln zur Vermeidung negativer ökologischer Folgewirkungen und die Festschreibung eines klaren Vorrangs für erneuerbare Energien gegenüber CCS. Der Einsatz der CCS-Technologie ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht als Nachweis zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung zu akzeptieren.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, inwiefern alternative Methoden zur Verringerung bzw. zuverlässigen Bindung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei industriellen Prozessen angewendet werden können und wie deren Einsatz unterstützt werden könnte.

6. Kulturwirtschaftsbericht für Bremen  
Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2010  
(Drucksache 17/1165)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

7. Linke Gewalt und Linksextremismus  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 16. Februar 2010  
(Drucksache 17/1164)  
Dazu  
Mitteilung des Senats vom 23. März 2010  
(Drucksache 17/1233)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

8. Finanzielle Förderung kultureller Einrichtungen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 23. Februar 2010  
(Drucksache 17/1173)  
Dazu

Mitteilung des Senats vom 23. März 2010  
(Drucksache 17/1234)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

9. Fachkräftemangel in der Altenpflege in Bremen und Bremerhaven  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 23. Februar 2010  
(Drucksache 17/1175)  
Dazu  
Mitteilung des Senats vom 20. April 2010  
(Drucksache 17/1262)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

10. Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:
1. Freiwillige Feuerwehren im Land Bremen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 16. März 2010  
(Drucksache 17/1216)  
Dazu  
Mitteilung des Senats vom 4. Mai 2010  
(Drucksache 17/1286)
  2. Tierquäler härter bestrafen!  
Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann  
vom 22. März 2010  
(Drucksache 17/1229)
  3. Keine Entscheidungen über die Einleitung salzhaltiger Abwässer der  
Kali-Industrie ohne alle Anrainer der Flussgemeinschaft Weser  
Mitteilung des Senats vom 6. April 2010  
(Drucksache 17/1243)
  4. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Leichenwesen  
Mitteilung des Senats vom 13. April 2010  
(Drucksache 17/1250)  
1. Lesung
  5. Jungen und Mädchen sind unterschiedlich: geschlechtsspezifische  
Pädagogik weiterentwickeln!  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 20. April 2010  
(Drucksache 17/1267)
  6. Individuelle Hilfen für Menschen mit Behinderungen stärken  
- Transparenz und Wirtschaftlichkeit schaffen  
Antrag der Fraktion der FDP

vom 14. April 2010  
(Drucksache 17/1254)

7. Zertifikat "Ausgezeichnet Generationenfreundlich" einführen  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD,  
der FDP und der CDU  
vom 15. April 2010  
(Drucksache 17/1257)
8. Kontrolle von Bordellbetreibern verbessern  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 20. April 2010  
(Drucksache 17/1258)
9. Gunnar Heinsohn beleidigt Menschen und blamiert Bremen  
Bremische Bürgerschaft distanziert sich  
Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE.  
vom 26. April 2010  
(Drucksache 17/1276)
10. Unterrichtung der Bremischen Bürgerschaft gemäß § 13 BremIFG über  
die Auswirkungen des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes  
Mitteilung des Senats vom 27. April 2010  
(Drucksache 17/1279)
11. Sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan!  
Antrag der Fraktion DIE LINKE.  
vom 18. Mai 2010  
(Neufassung der Drs. 17/1283 vom 03.05.10)  
(Drucksache 17/1296)
12. Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes und anderer Vorschriften  
Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2010  
(Drucksache 17/1288)  
1. Lesung